

„Ein Beispiel an Frankreich nehmen“

Mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gefordert

Der Mangel an qualifizierten Betreuungsplätzen für Kleinkinder ist ein Hauptgrund dafür, dass sich hierzulande immer weniger junge Menschen für Kinder entscheiden. Davon geht die SPD-Fraktion aus. In einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde forderte sie die Landesregierung auf, endlich ein Konzept für den Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige (U3) vorzulegen. Nachbarland Frankreich sei hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Durch konsequenten Ausbau der Betreuungsangebote habe man einen Wiederanstieg der Geburtenrate erreicht. NRW solle diesem Beispiel folgen. Im Grundsatz richtig, urteilten auch die Koalitionsfraktionen. Die Landesregierung brauche jedoch nicht angetrieben zu werden. Sie halte an ihrem Ziel fest, bis zum Jahre 2010 bei den U3-Betreuungsplätzen eine Deckungsquote von 20 Prozent zu erreichen.

Wolfgang Jörg (SPD) stellte der Landesregierung ein schlechtes Zeugnis für ihre bisherige Kinder- und Familienpolitik aus. Zwischen den Versprechen des Ministerpräsidenten und der tatsächlichen Situation der Kinder in diesem Land lägen Welten. Bislang seien keine „messbaren Veränderungen“ bei der U3-Betreuung eingetreten. Derzeit gebe es vielleicht gerade einmal 15.000 Plätze. Stattdessen gehe die Regierung noch hin und kürze bei den Beratungsstellen für Familien. Der Abgeordnete erkannte darin ein Indiz für das „offensichtlich immer noch veraltete Familienbild der Konservativen“. Namens seiner Fraktion forderte er die Schaffung von mindestens 120.000 Plätzen in der U3-Betreuung. Die Landesregierung solle sich ein Beispiel an Frankreich nehmen. Hier habe man erkannt, dass der Ausbau von qualitativ hochwertigen und kostenlosen Betreuungsplätzen auch die Geburtenrate wieder ansteigen ließe.

Ursula Doppmeier (CDU) spielte den Ball an die Opposition zurück: „Wer hat denn in den vergangenen 15 Jahren die dramatisch zurückgehende Kinderzahl negiert?“ Schwarz-Gelb habe von der Vorgängerregierung einen Versorgungsgrad von nur 2,8 Prozent bei der U3-Betreuung übernommen. Nach Amtsantritt habe man dann umgehend damit begonnen, nicht belegte Kindergartenplätze in U3-Betreuungsplätze umzuwandeln und binnen kurzer Zeit 2.000 zusätzliche Plätze geschaffen. „Heute zu Beginn 2007 gibt es 16.000 Plätze für U3, dazu kommen 17.000 Plätze in Spielgruppen und etwa 10.000 Plätze bei Tagesmüttern und -vätern.“ Ziel sei es, bis 2010 auf 20 Prozent Deckungsbedarf zu kommen. Mit dem neuen Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder leite man hierzu auch einen entscheidenden Schritt auf der gesetzlichen Ebene ein.

Andrea Asch (GRÜNE) konterte: „Es hilft in der Sache überhaupt nichts, wenn Sie zum wiederholten Male die Verantwortung für die derzeitige Situation auf die Vorgängerregierung schieben.“ CDU und FDP seien jetzt

diejenigen, die Verantwortung tragen. Aus Sicht der Grünen sei klar: „Wir werden erst dann eine befriedigende Betreuungssituation haben, wenn wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bekommen.“ Die Regierung rühme sich damit, dass sie seit Amtsantritt 2.000 Betreuungsplätze neu geschaffen habe. „Ich gratuliere, wenn sie in dem Tempo weitermachen, müssen Sie nur noch 40 Jahre weiterregieren, um die tatsächlich benötigte Zahl an Plätzen zu erreichen.“

Christian Lindner (FDP) zog ein Zwischenfazit: In nur 18 Monaten habe Schwarz-Gelb Möglichkeiten für 6.000 zusätzliche Plätze geschaffen. Zudem habe die Regierung über das mit 23 Millionen Euro ausgestattete Programm „Frühe Förderung für Kinder“ neue Schwerpunkte in der Familienpolitik gesetzt. Die Ankündigung der SPD, eine Deckungsquote bei der U3-Betreuung von 40 Prozent

schaffen zu wollen und das auch noch

ohne Elternbeiträge, sei vollkommen utopisch. Dies würde eine Haushaltsmehrbelastung von „einer schlappen Milliarde“ bedeuten. Die Vorschläge der Regierung seien hingegen „seriös kalkuliert und finanzierbar“.

Generationsminister Amin Laschet (CDU) zeigte sich überrascht über die von der SPD-Fraktion beantragte Aktuellen Stunde: „Warum wollen Sie mit aller Macht die Aufmerksamkeit der Menschen auf ihr eigenes größtes Versagen lenken?“ Wie in Frankreich werde auch die schwarz-gelbe Landesregierung hierzulande nicht nur die institutionelle U3-Betreuung, sondern auch die Tagespflege ausbauen. Mit dem Inkrafttreten des Kindergartengesetzes im Jahre 2008 werde man die Plätze in der U3-Betreuung verdoppeln. „Das ist ein Fakt, daran können Sie uns messen“, so Laschet. „Ich bin sicher, wir werden das familienfreundlichste Bundesland!“



Foto: Schütte